

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 30.04.2014

Betreff: Stellungnahme zu "Stilllegung und Abbau des Atomkraftwerks Isar 1"
- Antrag der Frauen Stadträtinnen Ingeborg Pongratz und Dr. Dagmar Kaindl sowie der Herren Stadträte Rudolf Schnur, Helmut Radlmeier, Wilhelm Hess, Manfred Hölzlein, Dr. Stefan Schnurer und Ludwig Zellner vom 07.04.2014, Nr. 1303
- Dringlichkeitsantrag der Frauen Stadträtinnen Christine Ackermann, Susanne Fischer, Elke März-Granda, Sigrid Hagl und Raziye Sarioglu sowie der Herren Stadträte Dr. Thomas Keyßner, Hermann Metzger und Markus Scheuermann vom 11.04.2014, Nr. 1306

Referent: Ltd. Rechtsdirektor Harald Hohn

Von den 45 Mitgliedern waren 34 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit gegen Stimmen beschlossen (s. Einzelabstimmung):

1. Die Verwaltung wird beauftragt,

- gegenüber der E.ON Kernkraft GmbH die in der Vormerkung genannten Bedenken vorzubringen und auf die ehest mögliche Räumung des Nasslagers in sicherste Lagerstätten zu drängen.
- an den Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz zu appellieren, durch eine zeitnahe Genehmigung der Stilllegung und des Abbaus des KKI 1 für einen größtmöglichen Schutz der Bevölkerung, Klarheit und Transparenz in den weiteren Betriebsabläufen zu sorgen.
- vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu fordern, den vorherigen vollständigen Abtransport der Brennelemente aus dem Kraftwerk in sicherste Lagerstätten zur Genehmigungsvoraussetzung zu machen.
- im übrigen die im Antrag Nr. 1306 vorgebrachten Einwendungen zu erheben. Dabei wird Punkt 3 durch die in Ziff. 3 der Vormerkung genannte Forderung ersetzt. Punkt 10 wird durch folgende Formulierung ersetzt: „Ein Gesamtkonzept zum Strom-Management der verschiedenen Abfall- und Reststoffarten unter Berücksichtigung von Entsorgungsempfängern ist zu erstellen.“

Hinzugefügt werden zwei Forderungen:

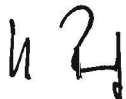
- Der Sicherheitsbericht und die Umweltverträglichkeitsprüfung sind durch die Bewertung von Unfall- und Terrorszenarien im Hinblick auf die neugefassten Regeln zum Katastrophenschutz zu ergänzen.
- Der „gesicherte Einschluss“ als Alternative zum „direkten Rückbau“ ist darzustellen und zu bewerten.

Abstimmung 34:0

2. Der Antrag der Frau Stadträtin Sigi Hagl,
„E.ON darauf zu drängen, die Genehmigungsverfahren für die dafür benötigten Castoren bestmöglich zu unterstützen und ebenso die Produktionskapazitäten für die Castoren bei der von E.ON mehrheitlich beherrschten Gesellschaft für Nuklear-Service (GSN) auszubauen“,
wird abgelehnt.

Abstimmung 20:14

Landshut, den 30.04.2014
STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister